

Geschäftsbericht

# 2015



Sparkasse  
Münsterland Ost



Geschäftsbericht 2015

## Die Zahlen im Überblick

Geschäftsentwicklung	2015	2014	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
<b>Geschäftsvolumen</b>	<b>9.065</b>	<b>9.034</b>	<b>31</b>	<b>0,3</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.834</b>	<b>8.754</b>	<b>80</b>	<b>0,9</b>
<b>Kundeneinlagen</b>	<b>7.052</b>	<b>6.594</b>	<b>458</b>	<b>6,9</b>
Spareinlagen	1.985	1.976	9	0,5
Sparkassen-/Hypothekendarlehen und Inhaberschuldverschreibungen	418	380	38	10,0
Termineinlagen	396	502	-106	-21,1
Sichteinlagen	4.253	3.736	517	13,8
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>840</b>	<b>1.151</b>	<b>-311</b>	<b>-27,0</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	<b>0</b>	<b>101</b>	<b>-101</b>	<b>-100,0</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>6.487</b>	<b>6.270</b>	<b>217</b>	<b>3,5</b>
Kontokorrentkredite	355	439	-84	-19,1
Darlehen aus Eigenmitteln	5.008	4.748	260	5,5
Kommunaldarlehen	599	551	48	8,7
Weiterleitungsdarlehen	525	532	-7	-1,3
<b>Eigenkapital</b>	<b>472</b>	<b>459</b>	<b>13</b>	<b>2,8</b>

### Rechtsnatur

Die Sparkasse ist eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts.

### Träger

Träger ist der Sparkassenzweckverband der Stadt Münster, des Kreises Warendorf sowie der Städte und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf.

### Verbandszugehörigkeit

Die Sparkasse ist über den Sparkassenverband Westfalen-Lippe in Münster dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. in Berlin und Bonn angeschlossen.

## Inhalt

### **Lagebericht**

→ 6–23

### **Jahresabschluss 2015**

Jahresbilanz  
Gewinn- und Verlust-Rechnung  
Anhang

→ 24–50



# Lagebericht

## A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV), Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Münster unter der Nummer A 4940 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von der Stadt Münster, dem Kreis Warendorf sowie den Städten und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Münster und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Kreise und die kreisfreie Stadt Hamm.

Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Instanzsicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Als regionales Wirtschaftsunternehmen hat die Sparkasse die Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die Geschäftsstrategie wird durch die Kundengeschäftsstrategie konkretisiert. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Für ausgewählte Risiken bestehen Teilstrategien (Adressenausfallrisiko-, Marktpreisrisiko-, Liquiditätsrisiko-, Beteiligungsrisikostrategie und Strategie für operationelle Risiken). Sie sind Bestandteile der Risikostrategie und wurden ebenfalls überprüft und aktualisiert. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

## B. Wirtschaftsbericht

### 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2015

#### Wirtschaftsentwicklung

Die **Weltwirtschaft** expandierte im Verlauf des Jahres 2015 mit 2,6 % (Vorjahr: 2,6 %) moderat. Ausschlaggebend war ein schwächeres Wachstum in den Schwellenländern. Der Abschwung der chinesischen Wirtschaft und der Rückgang der weltweiten Rohstoffnachfrage belasteten das Wachstum der aufstrebenden Volkswirtschaften. Deutlich günstiger stellte sich demgegenüber die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern dar.

In den **USA** setzte sich der konjunkturelle Aufschwung fort. Hiervon profitierte insbesondere der Arbeitsmarkt und die Arbeitslosenquote ging auf 5,0 % (Vorjahr: 5,6 %) zurück. Die gute wirtschaftliche Entwicklung veranlasste die Notenbank im Dezember, eine erste Erhöhung des US-Leitzinses um 0,25 Prozentpunkte durchzuführen.

Im **Euroraum** hat sich die Wirtschaft mit einem Wachstum von 1,6 % (Vorjahr: 0,8 %) etwas belebt. Die exportorientierten europäischen Länder konnten vom gesunkenen Eurowechsellkurs profitieren, ein selbsttragender Aufschwung ist allerdings nicht in Sicht. Die Arbeitslosenquote sank auf 10,8 % (Vorjahr: 11,5 %). Die Inflation befand sich im Jahresverlauf 2015 mit 0,1 % (Vorjahr: 0,5 %) auf sehr niedrigem Niveau. Mit dem Ziel, die Inflationsrate mittelfristig wieder an ihren Zielwert von knapp 2,0 % zu bringen, hat die EZB ihren geldpolitischen Kurs weiter gelockert. Sie startete ein umfangreiches Anleihenankaufprogramm und senkte die Einlagenverzinsung tiefer in den negativen Bereich.

Auch das deutsche Wirtschaftswachstum konnte von der weltwirtschaftlichen Entwicklung profitieren und verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr leicht. Das BIP-Wachstum lag mit 1,7 % moderat über dem Vorjahreswert von 1,6 %. Dabei profitierte die deutsche Konjunktur nicht nur von einem weiteren Anstieg der weltweiten Exporte, sondern auch von stabilen Ausrustungsinvestitionen und höheren Konsumausgaben der Privathaushalte. Letztere resultierten aus einer gestiegenen Kaufkraft infolge höherer Reallöhne und eines niedrigen Ölpreises. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresverlauf leicht zurück und lag zum Jahresende bei 6,3 % (Vorjahr: 6,5 %). Die Inflationsrate reduzierte sich im Laufe des Jahres moderat auf 0,3 % (Vorjahr: 0,9 %).

Im **Münsterland** hat sich das Wirtschaftswachstum gemäß der zum Jahreswechsel 2015/2016 durchgeführten Konjunkturumfrage der IHK Nord Westfalen verbessert. Der IHK-Konjunkturklimaindex ist weiter angestiegen und liegt auf dem höchsten Stand der letzten fünf Jahre. Erneut unterschieden sich die Ergebnisse von Industrie bzw. Großbetrieben und kleineren, regional tätigen Unternehmen deutlich. Erstere litten aufgrund ihres hohen Exportanteils unter den geopolitischen Entwicklungen und dem zum Teil heftigen Gegen-

wind auf den Exportmärkten; demgegenüber profitierten die regionalen Unternehmen aus Bauwirtschaft und insbesondere Einzelhandel von der stabilen Binnenkonjunktur.

Die zum Jahresende 2015 verbesserte Stimmung resultiert daher insbesondere aus den verbesserten Einschätzungen zur aktuellen Lage in kleineren und mittleren Unternehmen. Bei ihrer Beurteilung der Geschäftsaussichten rechnen gut zwei Drittel der Unternehmen für das Jahr 2016 mit einer gleichbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung, während rund ein Fünftel eine Verbesserung und gut ein Zehntel eine Verschlechterung erwartet. Positive Erwartungen lassen insbesondere den Handel zuversichtlich nach vorn blicken, während die Industrie und der Dienstleistungsbereich deutlich skeptischer urteilen. Insbesondere die Geldpolitik der EZB belastet die Banken und Versicherungen. Darüber hinaus werden politische Entwicklungen (Erbschaftsteuer, Gefahr eines „Brexit“) und der Fachkräftemangel als potenzielle Belastungen für die konjunkturelle Entwicklung bewertet.

Die aktuelle Idealkonstellation von hoher Beschäftigung, keiner Inflation, sprudelnden Steuereinnahmen, geringen Zinsen und ansteigender Investitionstätigkeit in fast allen Branchen lässt auch für das Jahr 2016 eine Fortsetzung der positiven Wirtschaftsentwicklung erwarten.

#### Zinsentwicklung

Aufgrund der im Jahresverlauf weiterhin rückläufigen Inflation im Euroraum senkte die EZB in ihrer Dezembersitzung den Einlagenzins um 0,10 Prozentpunkte auf -0,30 %, während sie den Leitzins auf seinem historischen Tief von 0,05 % beließ. Daneben wurden weitere unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen beschlossen. Die EURIBOR-Sätze gingen im Jahresverlauf kontinuierlich weiter zurück. Der 6-Monats-EURIBOR lag am Ende des Jahres bei -0,04 % (Vorjahr: 0,17 %). Die langfristigen Zinssätze ebenso wie die Renditen europäischer Staatsanleihen entwickelten sich im Jahresverlauf volatil und endeten auf nahezu unverändertem Niveau im Vergleich zum Jahresanfang.

## 2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2015

#### Basel III

Im Januar 2015 ist die delegierte Verordnung (deVo) 2015/61 zur Konkretisierung der Anforderungen der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Liquidity Coverage Ratio (LCR) von Kreditinstituten veröffentlicht worden.

Seit dem 01.10.2015 ist eine Mindestliquiditätsdeckungsquote von zunächst 60 % täglich einzuhalten. Die Mindestanforderung steigt stufenweise bis auf 100 % zum 01.01.2018. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sollen eine ausreichende Liquidität für einen Zeitraum von 30 Tagen unter den Bedingungen eines Stressszenarios sicherstellen.

Darüber hinaus wurden mit der deVo 2015/62 die Regelungen der CRR zur Ermittlung der Verschuldungsquote (Leverage Ratio [LR]) näher bestimmt. Über die Verschuldungsquote greift die CRR das Risiko einer übermäßigen Verschuldung regulatorisch auf, indem sie das Kernkapital des Instituts zur Summe seiner nicht risikogewichteten Risikopositionswerte ins Verhältnis setzt. Die LR ist innerhalb der aktuellen Beobachtungsphase erstmals zum 31.03.2016 nach den Vorgaben der deVo zu melden. Aufsichtlich ist noch zu entscheiden, ob die LR ab dem 01.01.2018 mit einer Mindestausprägung von 3 % verbindlich eingeführt wird.

Die Sparkasse Münsterland Ost sieht sich in Bezug auf die neuen Anforderungen gut aufgestellt.

#### EU-Einlagensicherung

Im Juli 2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft, mit dem die europäische Einlagensicherungsrichtlinie in nationales Recht umgesetzt worden ist. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung, nach der alle Einleger einen Rechtsanspruch auf Entschädigung ihrer gedeckten Einlagen bis zu einem Betrag von 100 TEUR haben.

#### EU-Bankenabgabe

Im Jahr 2015 wurde die bis zum Beitragsjahr 2014 geltende deutsche Bankenabgabe durch europäische Vorgaben abgelöst. Zunächst wurden nationale Abwicklungsfonds eingerichtet, für die die Beitragszahlung ab dem 01.01.2015 begonnen hat. Ab 01.01.2016 erfolgt die schrittweise Zusammenführung der nationalen Abwicklungsfonds zu einem einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds (Vergemeinschaftung). Das Zielvolumen des einheitlichen, EU-weiten Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund [SRF]) soll zum 01.01.2024 erreicht sein.

Durch die Bankenabgabe sollen die Kosten des systemischen Risikos des Kredit- und Handelsgeschäfts dem Finanzsektor auferlegt werden.

## 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Ein Erfolgsfaktor für das Geschäftsergebnis blieb auch im Jahr 2015 die Nähe der Sparkasse Münsterland Ost zu ihren Kundinnen und Kunden. Ob beispielsweise in der nächstgelegenen Filiale, im Rahmen persönlicher Online-Beratungen am Computer zu Hause oder via Smartphone von unterwegs: Die Menschen in Münster und im Kreis Warendorf schenken der Sparkasse auf vielen Wegen ihr Vertrauen.

Dreh- und Angelpunkt dieser engen Verbindung sind die rund 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse, die das Prinzip der Beziehungsbank tagtäglich leben und pflegen.

#### 3.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme stieg im Jahr 2015 um 79,9 Mio. EUR bzw. 0,9 % auf 8.834,1 Mio. EUR. Damit wurde die geplante Bilanzsumme von 8.800,0 Mio. EUR um 0,4 % leicht überschritten. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 656,1 Mio. EUR oder 4,2 % auf 16.224,3 Mio. EUR.

#### 3.2 Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zuwachs von 3,5 % oberhalb der Planung von 1,1 %. Die Darlehensauszahlungen belaufen sich im Jahr 2015 auf 1.385,4 Mio. EUR. Darin enthalten sind die Darlehensauszahlungen zur Finanzierung des Wohnungsbaus, die im Gesamtjahr um

20,2 % auf 591,0 Mio. EUR gestiegen sind. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme lag mit 73,4 % leicht oberhalb des Vorjahresniveaus von 71,6 %.

Während sich bei Privatpersonen die Forderungen um 48,2 Mio. EUR erhöhten, wiesen die an diese Kundengruppe neu ausgezahlten Darlehensmittel gleichzeitig einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 10,7 % auf 535,3 Mio. EUR aus. Bei einer verbesserten Investitionsneigung der Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen um 136,3 Mio. EUR. Diese Entwicklung verdeutlichen auch die Darlehensauszahlungen an diese Kundengruppe mit einem Anstieg auf 626,9 Mio. EUR.

### 3.3 Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 451,8 Mio. EUR auf 1.643,4 Mio. EUR. Hierfür waren insbesondere Investitionen in Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten maßgeblich. Damit verminderte sich der Strukturanteil der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere am Bilanzwert der Wertpapiereigenanlagen von 50,1 % auf 35,1 %.

### 3.4 Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2015 von 165,7 Mio. EUR entfiel mit 136,8 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL.

Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Mio. EUR entfallen auf Abgänge in Höhe von 2,5 Mio. EUR sowie gegenläufige Zuschreibungen in Höhe von 0,4 Mio. EUR. Die Abgänge betreffen den Verkauf von Anteilen an der GML Gewerbepark Münster-Loddenheide GmbH und die Stammkapitalherabsetzung des SVWL infolge der Kapitalherabsetzung der dwpbank AG.

### 3.5 Geldanlagen von Kunden

Die Geldanlagen von Kunden verzeichneten im Geschäftsjahr 2015 einen Zuwachs von 4,8 %. Diese Entwicklung hat die Erwartungen übertroffen (Prognose: 2,4 %).

Innerhalb des Kundengeldvermögens wurden im Jahr 2015 insbesondere die täglich fälligen Einlagen mit einer Bestandserhöhung von 517,3 Mio. EUR stärker nachgefragt als im Vorjahr. Insgesamt sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden einschließlich der begebenen Schuldverschreibungen um 457,5 Mio. EUR oder 6,9 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 7.051,9 Mio. EUR. Während sich der Bestand an Spareinlagen um 8,9 Mio. EUR erhöhte, wiesen die Sparkassenbriefe und Inhaberschuldverschreibungen in Summe einen Rückgang von 26,6 Mio. EUR auf. Die an Kunden begebenen Namenspfandbriefe verzeichneten einen Anstieg von 64,2 Mio. EUR.

Sowohl Privatkunden als auch Unternehmen erhöhten ihre bilanziellen Einlagenbestände um 313,8 Mio. EUR bzw. 79,1 Mio. EUR.

### 3.6 Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich um 466,5 Mio. EUR oder 51,5 % auf 440,0 Mio. EUR. Der Bestand setzte sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhal-

tenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verzeichneten einen Rückgang um 310,9 Mio. EUR oder 27,0 % auf 840,1 Mio. EUR. Weitere wesentliche Positionen bestehen aus langfristigen Weiterleitungsdarlehen sowie Hypotheken-Namenspfandbriefen.

### 3.7 Dienstleistungsgeschäft

Im Jahr 2015 wurden 5.215 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 175,9 Mio. EUR abgeschlossen. Neben der Einführung einer neuen Tarifgeneration durch die LBS West hat insbesondere die zunehmende Einbindung der Riese-Förderung im Rahmen einer privaten Immobilienfinanzierung zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen.

Das Wertpapiergeschäft wurde 2015 maßgeblich von neuen Höchstständen an den Aktienmärkten und historisch niedrigen Zinsen an den Rentenmärkten geprägt. Der Absatzschwerpunkt lag im Jahr 2015 im Bereich des Fondsgeschäftes, aktienorientierte Anlagen gewannen weiterhin an Beliebtheit. Insgesamt wurde ein sehr gutes Ergebnis erzielt; die geplanten Erträge wurden um ca. 2,0 Mio. EUR überschritten.

Mit einer bewerteten Beitragssumme von 163,2 Mio. EUR bei 9.102 Verträgen konnte der Umsatz im Personenversicherungsgeschäft über die S Versicherungs-GmbH um 9,4 % erhöht werden, dabei dominierte erneut die Nachfrage nach Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag. Der Absatz von Sachversicherungen lag ebenfalls mit 1,7 Mio. EUR bei 9.425 Verträgen über dem Vorjahresumsatz (+14,4 %).

Die S Immobilien GmbH hat im Jahr 2015 das Rekordergebnis des Jahres 2014 fast wieder erzielt. Bei einem Objektvolumen von 102 Mio. EUR (Vorjahr: 110 Mio. EUR) wurde ein Courtageumsatz von 4,8 Mio. EUR erreicht und damit die Planzahl um 870 TEUR überschritten.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt oberhalb des Planansatzes.

### 3.8 Investitionen

Im Jahr 2007 hat die Sparkasse einen Großteil ihrer Immobilien an eine 100-prozentige Tochtergesellschaft veräußert. Die Grundstücke und Gebäude, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit langfristig genutzt werden, sind über langfristige Verträge angemietet.

Die im Jahr 2014 begonnenen Neubaumaßnahmen an den Standorten Mauritz und Walstedde sowie der Umbau einer Filiale zu einem SB-Standort wurden im Jahr 2015 abgeschlossen.

Darüber hinaus wurden in diversen Filialen Modernisierungen, Instandhaltungen und Maßnahmen zur Optimierung der Flächennutzung sowie zur Verbesserung der Sicherheit und Energetik durchgeführt.

### 3.9 Personalbericht

Im Jahr 2015 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 1.484 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.498), davon 498 Teilzeitkräfte und 130 Auszubildende. Von diesen Beschäftigten waren im Jahresdurchschnitt 258 für die S-Servicepartner Nord-



rhein-Westfalen GmbH tätig, da diese seit der Auslagerung von Marktfolgearbeiten auf die Tochtergesellschaft im März 2012 ausgeliehen wurden.

Ende 2015 befanden sich in der Sparkasse 144 junge Menschen in der Berufsausbildung. Bezogen auf die Mitarbeiterzahl am Jahresende einschließlich der an die S-Servicepartner Nordrhein-Westfalen GmbH ausgeliehenen Beschäftigten entspricht dies einer Ausbildungsquote von 10,8 %, womit die Sparkasse unverändert zu den ausbildungsintensivsten Betrieben in der Region gehört.

Zur Stärkung der Vertrauenskultur wurde im Jahr 2015 das Arbeitszeitmodell der Vertrauensarbeitszeit um den Vertrauensarbeitsort erweitert. Hiermit verbunden ist die grundsätzliche Freiheit, die Arbeitsleistung unter Beachtung der betrieblichen Regelungen (z. B. Servicezeiten, Datenschutz) eigenverantwortlich auch außerhalb der Sparkasse zu erbringen.

Seit Herbst 2014 haben insgesamt 38 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen der Pilotphase „Homeoffice“ Erfahrungen mit dem zeitweisen Arbeiten am heimischen Arbeitsplatz gesammelt. Das Feedback war durchweg positiv und spiegelte eine hohe Zufriedenheit mit der hinzugewonnenen Flexibilität auf Arbeitnehmer- wie auf Arbeitgeberseite wider. Infolgedessen wurde eine entsprechende Dienstvereinbarung mit dem Ziel geschlossen, zukünftig Homeoffice-Arbeitsplätze, da wo es möglich ist, dauerhaft anzubieten.

In die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden 823 TEUR investiert. Schwerpunkte waren Maßnahmen zur Sicherstellung des erforderlichen Fach-Knowhows in allen Unternehmensbereichen sowie die Identifikation und zielgerichtete Förderung von Potenzialträgern. Besonderes Augenmerk galt der Förderung von Frauen hin zu höher qualifizierten Führungs- und Fachaufgaben, in denen ein noch höherer Anteil angestrebt wird. Im Rahmen einer breiten Meinungsbildung, insbesondere auch unter Mitwirkung der Mitarbeiterinnen mit Führungspotenzial, wurden Maßnahmen entwickelt, die Frauen auf ihrem Weg in diese Positionen zu unterstützen.

Der Erfolg der Maßnahmen zur Fortentwicklung der Unternehmenskultur zeigt sich in dem Ergebnis einer im 4. Quartal 2014 durchgeführten Mitarbeiterbefragung. Nach 2011 und 2012 konnte auf schon gutem Niveau eine weitere Verbesserung der Mitarbeiterzufriedenheit erreicht werden. So wurde die Sparkasse Anfang 2015 durch das Great-Place-to-Work-Institut als bester Arbeitgeber im Münsterland in der betreffenden Größenklasse und als einer der 100 besten Arbeitgeber in Deutschland ausgezeichnet.

## 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

### 4.1 Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2014. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2015 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 472,1 Mio. EUR (Vorjahr: 459,1 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB um 15,0 Mio. EUR auf 378,0 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse

während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel, bezogen auf die risikogewichteten Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Marktpreis- und CVA-Risiken), übertrifft am 31.12.2015 mit 14,87 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR und den in der Risikostrategie als Mindestgröße festgelegten Wert von 9,2 % deutlich.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Sparkasse Münsterland Ost bestehen ausschließlich aus hartem Kernkapital. Damit entspricht die angegebene Gesamtkennziffer der Kernkapitalquote. Die Leverage Ratio nach der CRR erreicht zum 31.12.2015 einen Wert von 7,98 %.

Die Sparkasse weist damit eine ausreichende Eigenkapitalbasis auf.

### 4.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2015: 2,15) lag im Berichtsjahr durchgängig über der in der Risikostrategie festgelegten Risikotoleranz von 1,15.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) nach CRR zeigt zum Stichtag einen Wert von 157 %.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinie bei der Helaba wurde teilweise in Anspruch genommen. Weitere Geldhandelsgeschäfte erfolgten mit anderen Kreditinstituten.

### 4.3 Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung im Jahr 2015 1,29 % der durchschnittlichen Bilanzsumme; es liegt damit über dem Planwert von 1,20 %. Im Vergleich mit den Großsparkassen im DSGV und den Sparkassen im SVWL ist damit ein überdurchschnittlicher Wert erzielt worden. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen).

Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 8,0 % über dem Planwert von 6,1 %. Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen blieb mit 55,9 % gegenüber dem Vorjahr unverändert. Das Unternehmensziel für das Jahr 2015 von 57,8 % konnte wie im Vorjahr unterschritten werden.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 0,2 %.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlust-Rechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2015	2014	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	191,0	198,3	-7,3	-3,7
Provisionsüberschuss	53,2	47,7	5,5	11,5
sonstige betriebliche Erträge	5,6	7,7	-2,1	-27,3
Personalaufwand	78,1	76,3	1,8	2,4
anderer Verwaltungsaufwand	65,9	66,4	-0,5	-0,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	19,4	24,3	-4,9	-20,2
<b>Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge</b>	<b>86,4</b>	<b>86,7</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	21,4	6,5	14,9	229,2
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	15,0	32,0	-17,0	-53,1
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>50,0</b>	<b>48,2</b>	<b>1,8</b>	<b>3,7</b>
Steueraufwand	30,0	28,2	1,8	6,4
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>20,0</b>	<b>20,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8 und 20
sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
Ertrag bzw. Aufwand aus	
Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Der Zinsüberschuss ist nach wie vor die bedeutendste Ertragsquelle der Sparkasse. Er verminderte sich infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase um 3,7 % auf 191,0 Mio. EUR. Der Zinsüberschuss resultiert sowohl aus Konditionsbeiträgen aus dem Kundengeschäft als auch aus Fristentransformationsbeiträgen. Negative Zinsen haben das Zinsergebnis im Jahr 2015 nur unwesentlich beeinflusst.

Der Provisionsüberschuss lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Giro- und Wertpapiergeschäft um 11,5 % über dem Vorjahreswert. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist der Rückgang im Wesentlichen auf geringere Auflösungen von Rückstellungen als im Vorjahr zurückzuführen.

Der Personalaufwand ist entsprechend der Prognose gestiegen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge einer Tarifierhöhung. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verminderten sich um 0,8 % auf 65,9 Mio. EUR.

Der Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge wird mit 21,4 Mio. EUR (Vorjahr: 6,5 Mio. EUR) ausgewiesen. Zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird auf den Abschnitt D.5.1 verwiesen.

Der Jahresüberschuss blieb mit 20,0 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres. Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse Münsterland Ost mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2015 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung als günstig beurteilt.

## C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

## D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

### 1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Das Bankgeschäft besteht zu einem wesentlichen Teil aus dem bewussten Eingehen von Risiken. Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie und den untergeordneten Teilrisikostrategien die Rahmegrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

In der Risikostrategie ist festgelegt, Risiken bei günstigem Chance-Risiko-Profil einzugehen und bei ungünstigerem Chance-Risiko-Profil für eine Kompensation oder Verminderung von Risiken zu sorgen. Risiken mit vertretbarem potenziellen Schaden werden akzeptiert. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken, wurden die separaten Teilrisikostrategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitiges Ergreifen von Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird permanent weiterentwickelt.

Aus der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse wird laufend ein Gesamttrisiko limit zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der führenden handelsrechtlichen und der ergänzenden ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung dem Gesamttrisiko limit gegenübergestellt, so dass eine Auslastungsquote ermittelt wird. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Gesamttrisiko limits begrenzt und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des unter Berücksichtigung einer Mindest-Gesamtkennziffer festgelegten Gesamttrisiko limits. Darüber hinaus werden aus dem Gesamttrisiko limit Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne

des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

### 2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse.

Unter dem Begriff „Risiko“ wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken berücksichtigt die Sparkasse erwartete und unerwartete Verluste bzw. Wertänderungen.

Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, dem Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle, Risikocontrolling und Marktfolge andererseits festgelegt. Risiko behaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann.

Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Dienstanweisungen festzulegen. Die interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen sind insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Im Zusammenhang mit der Emission von Hypotheken-Namenspfandbriefen wurde ein Risikomanagementsystem nach § 27 PfandBG installiert. Die Anforderungen an die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken sind in die organisatorischen Regelungen zum Risikomanagementsystem integriert worden und werden mindestens einmal jährlich überprüft.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion dem Bereichsleiter Unternehmenssteuerung übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und die entsprechenden Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben von den zuständigen Beauftragten „Compliance“ und „Geldwäscheprevention“ wahrgenommen werden. In der diesen Beauftragten zugeordneten Organisationseinheit sind die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen mit der Compliance-Funktion gemäß WpHG und KWG zusammengefasst. Die Beauftragten sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

### 3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtrisikosystem hat die Sparkasse einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog.

Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der führenden handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.
- Die ergänzende betriebswirtschaftliche, d. h. ökonomische Betrachtung ermittelt als Risiko die innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintretende maximale Vermögensminderung.

Die Ermittlung der Risiken in der handelsrechtlichen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser wie auch in der ökonomischen Betrachtung die Summe aus erwarteten und unerwarteten Verlusten bzw. Wertänderungen verstanden.

Für die ökonomische Ermittlung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken wird als Risikomaß der Value-at-Risk verwendet, wobei grundsätzlich ein Planungshorizont von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde gelegt werden. Die Ermittlung der weiteren Risiken erfolgt zum Teil auf Basis von Schätzungen.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird laufend ein Gesamtrisikolimit festgelegt. Auf das Gesamtrisikolimit werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und ökonomischen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Gesamtrisikolimits jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann.

Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte zwischen einzelnen Risikoarten, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt.

Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Dienstanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert werden sowie transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die dargestellten Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (täglich und quartalsweise) zeitnah und umfangreich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

→ Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über das Risikoberichtswesen der Sparkasse:

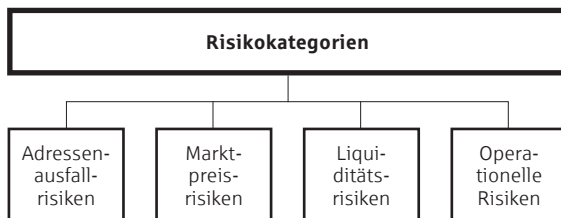
Bericht	Risikobezug	Berichtsrhythmus	Berichtsempfänger
Gesamtrisikobericht	alle Risiken	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat, Risikoausschuss
Tagesreport	Marktpreisrisiko	täglich	Vorstand
	Adressenausfallrisiko im Eigengeschäft		

#### 4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikocontrolling überprüft. Zu diesen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung.

Das Risikocontrolling ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



#### 5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

##### 5.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Das Adressenausfallrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls eines Geschäftspartners Verluste entstehen. Das Adressenausfallrisiko betrifft im Speziellen bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenausfallrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kundenkreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in die großen Gruppen gewerbliche Kredite, Kredite an Privatpersonen und Kredite an öffentliche Haushalte (Nettokreditvolumen zum Bilanzstichtag, d. h. nach Abzug von Einzelwertberichtigungen und Vorsorgereserven):

	Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva
	<i>Mio. EUR</i>
Gewerbliche Kredite	4.077,7
Kredite an Privatpersonen	3.846,1
Kredite an öffentliche Haushalte	531,1
<b>Gesamt</b>	<b>8.454,9</b>

Zum 31.12.2015 wurden etwa 48 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel im Kundenkreditgeschäft an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 45 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen.

Adressenausfallrisikopositionen gegenüber Banken entfallen vornehmlich auf Institute, die dem Haftungsverbund der S-Finanzgruppe angehören.

Nachfolgend wird der Gesamtbetrag der Forderungen – gegliedert nach Forderungsarten – zum Bilanzstichtag dargestellt. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR vorgenommen.

→ Gliederung nach risikotragenden Instrumenten:

	Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivative Finanzinstrumente
	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>
<b>Gesamt</b>	<b>8.898,4</b>	<b>1.721,4</b>	<b>143,6</b>

→ Gliederung nach geografischen Hauptgebieten:

	<b>Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva</b>	<b>Wertpapiere</b>	<b>Derivative Finanzinstrumente</b>
	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>
Deutschland	8.837,1	1.721,4	143,6
Europäischer Wirtschaftsraum (ohne Deutschland)	40,7	0,0	0,0
sonstige	20,6	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>8.898,4</b>	<b>1.721,4</b>	<b>143,6</b>

→ Gliederung nach Branchen:

<b>Hauptbranchen</b>	<b>Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva</b>	<b>Wertpapiere</b>	<b>Derivative Finanzinstrumente</b>
	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>
Öffentliche Haushalte	531,1	940,0	0,0
Banken	443,5	138,0	143,0
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	3.984,4	0,0	0,6
davon:			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	168,6	0,0	0,0
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinn- nung von Steinen und Erden	168,8	0,0	0,0
verarbeitendes Gewerbe	410,9	0,0	0,1
Baugewerbe	282,1	0,0	0,0
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	465,7	0,0	0,2
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	68,8	0,0	0,1
Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	222,6	0,0	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.099,3	0,0	0,0
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	1.097,6	0,0	0,0
Privatpersonen	3.846,1	0,0	0,0
Investmentfonds (inkl. Geldmarktfonds)	0,0	643,4	0,0
Organisationen ohne Erwerbszweck	72,4	0,0	0,0
Sonstige	20,9	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>8.898,4</b>	<b>1.721,4</b>	<b>143,6</b>

→ Gliederung nach Restlaufzeiten:

	<b>Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva</b>	<b>Wertpapiere</b>	<b>Derivative Finanzinstrumente</b>
	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>
< 1 Jahr*	2.256,0	918,3	1,2
≥ 1 Jahr bis 5 Jahre	1.164,5	421,9	64,2
> 5 Jahre	5.477,9	381,2	78,2
<b>Gesamt</b>	<b>8.898,4</b>	<b>1.721,4</b>	<b>143,6</b>

\* Inklusive Aktiva mit unbestimmter Laufzeit.

Die Größenklassenstruktur des Kundenkreditgeschäfts nach Wirtschaftsverbänden zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts:

Größenklasse	1	2	3	4	5	6
in Mio. EUR	< 10	≥ 10 < 20	≥ 20 < 30	≥ 30 < 40	≥ 40 < 50	≥ 50
Anzahl in %	99,94	0,03	0,01	0,01	0,00	0,01
Volumen in %	77,07	6,05	5,07	1,57	2,64	7,60

Die Grenze nach Art. 395 Abs. 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2015 nicht überschritten. Im Vergleich zu der Gruppe verbundener Kunden nach Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR bilden Wirtschaftsverbände eine insgesamt breitere Gruppe aller wirtschaftlich voneinander abhängigen Personen bzw. Unternehmen ab.

Die Adressenausfallrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Die Struktur des gerateten Kundenkreditgeschäfts auf Einzelkundenbasis stellt sich wie folgt dar:

Ratingklasse	Anzahl	Volumen
	in %	in %
1 bis 5	78,93	70,10
6 bis 10	15,26	24,95
11 bis 15	5,28	4,09
16 bis 18	0,53	0,86

Die Ratingnoten basieren auf der DSGVO-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäftes sind Kredite und Darlehen, die durch Grundpfandrechte gesichert sind. Bei der Bewertung dieser Objekte legen wir vorsichtige Maßstäbe an und haben spezielle Überwachungsinstrumente implementiert, so dass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Risiken ergeben. Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Der Schwerpunkt bei der Branchengliederung liegt im sonstigen Dienstleistungsgewerbe sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Auf Forderungen an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland entfällt zum 31.12.2015 ein Anteil von 0,6 % des Gesamtbetrags der Forderungen nach der CRR. Beim Derivategeschäft handelt es sich ebenfalls ausschließlich um inländische Kontrahenten.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Aus-

fallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen „erwarteten Verlust“ und einen „unerwarteten Verlust“ unterteilt. Der „erwartete Verlust“ als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der „unerwartete Verlust“ (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Relevante Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio im folgenden Bereich: Bei den Kreditsicherheiten liegt eine Konzentration im Bereich der Grundpfandrechte vor. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, so dass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Die Adressenausfallrisiken entwickelten sich im Jahr 2015 nahezu konstant. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft hat sich im Jahr 2015 besser entwickelt als nach der Planung.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer mit erhöhten Risiken setzen wir das „OSPlus-Frühwarnsystem“ ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungs-konzeptes betreut (Problemkredite).

Wir haben Kriterien für die Identifizierung von ausfallgefährdeten Kreditengagements durch die sachbearbeitenden Stellen festgelegt. Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer



davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen.

Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2015 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

→ Entwicklung der Risikovorsorge:

	<b>Anfangsbestand der Periode</b>	<b>Zuführung in der Periode</b>	<b>Verbrauch in der Periode</b>	<b>Auflösung in der Periode</b>	<b>Endbestand der Periode</b>
	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>	<i>Mio. EUR</i>
Einzelwertberichtigungen	26,3	11,1	4,0	10,1	23,3
Rückstellungen	0,1	0,9	0,0	0,1	0,9
Pauschalwertberichtigungen	5,8	0,0	0,0	1,0	4,8

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen.

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall eines Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen worden sind bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

In der nachfolgenden Tabelle wird die Verteilung der spezifischen Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 442 CRR aufgeführt.



Hauptbranchen	Gesamtanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten (mit Wertberichtigungsbedarf)	EWB und Rückstellungen	Nettoveränderung der EWB und Rückstellungen	Direktabschreibungen	Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf)
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	35,5	18,4	-1,0	0,5	11,6
davon:					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	0,2	0,1	-0,5	0,0	0,2
verarbeitendes Gewerbe	11,7	9,5	6,8	0,0	0,2
Baugewerbe	1,1	0,3	-0,3	0,1	1,2
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5,4	2,6	-3,9	0,1	3,6
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	1,3	0,6	-0,4	0,1	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,6	0,2	0,0	0,0	1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	4,6	2,0	-0,7	0,1	1,6
sonstiges Dienstleistungsgewerbe	10,6	3,1	-2,0	0,1	3,5
Privatpersonen	11,8	5,7	-1,3	1,6	10,1
Organisationen ohne Erwerbszweck	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>47,4</b>	<b>24,2</b>	<b>-2,2</b>	<b>2,1</b>	<b>21,7</b>

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, diese zu steuern und zu bewerten sowie im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf, d. h. Bedarf an spezifischen Kreditrisikoanpassungen, besteht. Eine außerordentliche Überprüfung erfolgt, wenn der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden spezifischen Kreditrisikoanpassungen orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür sind die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihren wahrscheinlichen Realisationswerten, um einschätzen zu können, welche Erlöse nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind.

Die Angemessenheit der spezifischen Kreditrisikoanpassungen wird regelmäßig überprüft. Die Anpassungen werden fortgeschrieben. Eine Auflösung der spezifischen Kreditrisikoanpassungen erfolgt bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, d. h., wenn die Kapitaldienstfähigkeit wieder erkennbar ist oder wenn die Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten möglich ist.

Für latente Ausfallrisiken werden Pauschalwertberichtigun-

gen gebildet. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

Ausfallgefährdete Kreditengagements entfallen im Wesentlichen auf das Firmenkundenkreditgeschäft und dort auf die Branchen „verarbeitendes Gewerbe“, „sonstiges Dienstleistungsgewerbe“ sowie „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“.

Alle ausfallgefährdeten Kreditengagements bestehen gegenüber inländischen Kreditnehmern.

## 5.2 Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Minderung des Unternehmenswertes. Für die Beteiligungen besteht eine eigenständige Strategie. Die Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL. Zum 31.12.2015 bestätigten die eingeholten Unternehmensbewertungsgutachten für die einzelnen Beteiligungen des SVWL den handelsrechtlichen Wertansatz.

Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden, und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Die Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) hat den Wertansatz ihrer Beteiligung an der LBBH bestätigt.

→ Wertansätze für Beteiligungsinstrumente:

<b>Beteiligungsstruktur</b>	
<b>Buchwert</b>	<i>Mio. EUR</i>
Kapitalbeteiligungen	8,0
strategische Beteiligungen	18,7
Beteiligungen im Rahmen des öffentlichen Auftrags	2,2
Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL)	136,8
<b>Summe</b>	<b>165,7</b>

### 5.3 Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

#### 5.3.1 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Risikolimit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und auch für nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente). Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt auf Schuldverschreibungen und Anleihen (1.066,7 Mio. EUR), Namenspfandbriefe (197,9 Mio. EUR, Ausweis unter Aktiva 3), den Wertpapierspezialfonds (673,9 Mio. EUR) sowie sonstige Investmentfonds (5,4 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen Wertpapiere weisen ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht geratet. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich um Anteile an Investmentfonds.

Für die im Wertpapierspezialfonds gehaltenen Anlagen sind Anlagerichtlinien festgelegt worden, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Für Investitionen in internationale Unternehmensanleihen wurden in begrenztem Umfang Mandate erteilt, in denen auch Anlagen unterhalb der Ratingstufen Baa3 (Moody's) bzw. BBB– (Standard & Poor's [S & P]) getätigt werden dürfen. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vorgegebene Marktpreisrisikopraxis und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Für die direkt gehaltenen Wertpapiere ist ein Mindestrating nach Moody's von Baa3 und nach S & P von BBB– erforderlich.

Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von S & P oder Moody's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von S & P oder Moody's verfügen, greifen definierte Regeln, um das Adressenausfallrisiko abzubilden.

→ Ratingstufen der direkt und im Wertpapierspezialfonds gehaltenen verzinslichen Wertpapiere:

<b>Bonität</b>	<b>Moody's</b>	<b>Standard &amp; Poor's</b>	<b>auf Basis von Tageswerten</b>	
			<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>
			<i>in %</i>	<i>in %</i>
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	37,4	24,3
sehr gut bis gut	Aa1 – Aa3	AA+ – AA–	31,2	30,3
gut bis befriedigend	A1 – A3	A+ – A–	14,6	25,1
befriedigend bis ausreichend	Baa1 – Baa3	BBB+ – BBB–	12,1	16,0
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 – Ba3	BB+ – BB–	1,8	2,2
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 – B3	B+ – B–	2,9	2,0
Zahlungsverzug	Caa1 – D	CCC+ – D	0,0	0,1
			<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

→ Direkt und im Wertpapierspezialfonds gehaltene verzinsliche Wertpapiere nach Aufteilung Inland/Ausland und Ratingstruktur der ausländischen Wertpapiere:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis von Tageswerten	
			31.12.2015	31.12.2014
			in %	in %
Inländische Emittenten			69,9	59,7
Ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	0,9	0,5
sehr gut bis gut	Aa1 – Aa3	AA+ – AA–	3,2	4,4
gut bis befriedigend	A1 – A3	A+ – A–	11,4	18,2
befriedigend bis ausreichend	Baa1 – Baa3	BBB+ – BBB–	9,9	12,9
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 – Ba3	BB+ – BB–	1,7	2,2
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 – B3	B+ – B–	2,9	2,0
Zahlungsverzug	Caa1 – D	CCC+ – D	0,0	0,1
			<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Zum Stichtag 31.12.2015 wurden keine Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten gehalten. Anleihen von Kreditinstituten und Unternehmen aus Italien, Spanien und Irland sind mit einem Kurswert von 41,2 Mio. EUR im Bestand. Von griechischen Unternehmen und Kreditinstituten emittierte Anleihen befanden sich zum Stichtag nicht im Bestand der Wertpapiereigenanlagen der Sparkasse.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf die guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ohne größere Bedeutung.

### 5.3.2 Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Sie ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

→ Bestand bilanzwirksamer Handelsgeschäfte zum Bilanzstichtag:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2015	31.12.2014
	Mio. EUR	Mio. EUR
Tages- und Termingelder	180,3	675,6
Namenspfandbriefe	197,9	197,9
Schuldverschreibungen und Anleihen	1.066,7	594,2
Wertpapierspezialfonds	673,9	673,9
sonstige Investmentfonds	5,4	5,7
	<b>2.124,2</b>	<b>2.147,3</b>

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dabei wenden wir das Verfahren der Modernen Historischen Simulation an. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % bei einer 250-Tage-Haltedauer nicht unterschritten wird. Zum Stichtag beträgt das Marktpreisrisiko aus dem Depot A entsprechend der handelsrechtlichen Sichtweise 46,5 Mio. EUR. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Die Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um ihre Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der handelsrechtlichen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Gesamtrisikolimits vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Aufhebung der Überschreitung entscheidet.

Die Funktionstrennung ist nach den Vorgaben der MaRisk bis in die Ebene des Vorstands vollzogen. Der Überwachungsvorstand wird täglich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

### 5.3.3 Gegenparteiausfallrisiken

Im Rahmen ihrer Zinsänderungsrisikosteuerung geht die Sparkasse derivative Adressenausfallrisikopositionen in Form von Swappgeschäften ein. Durch die Absicherung von

Währungsrisiken aus Devisentermingeschäften mit unseren Kunden entstehen weitere Adressenausfallrisikopositionen. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Voraussetzung für das Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuches bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuchs. Die Limithöhe richtet sich nach dem Rating sowie nach weiteren bonitätscharakterisierenden Merkmalen. Bei der Limitanrechnung orientiert sich die Sparkasse an den Regelungen der CRR. Geschäfte in derivativen Finanzinstrumenten werden bisher nur außerbörslich abgeschlossen.

Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die Grundsätze des HGB. Für aufsichtsrechtliche Zwecke erfolgt eine Bewertung nach der Marktwertmethode.

Bei derivativen Adressenausfallrisikopositionen besteht die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Dieses besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

Die Sparkasse berücksichtigt im Rahmen der Eigenkapitalunterlegung keine Korrelationen von Markt- und Kontrahentenrisiken. Bei derivativen Geschäften wurden im letzten Geschäftsjahr keine Vereinbarungen getroffen, die die Sparkasse gegenüber ihren Kontrahenten zur Leistung von Sicherheiten bzw. zum Nachschuss von Sicherheiten im Falle einer eigenen Bonitätsverschlechterung verpflichten.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatmärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Neue derivative Eigengeschäfte schließt die Sparkasse derzeit ausschließlich mit Kontrahenten innerhalb des Haftungsverbundes der S-Finanzgruppe ab, die nicht der Clearingpflicht unterliegen. Alle relevanten Anforderungen aus EMIR werden erfüllt.

### 5.3.4 Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisänderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien werden in einem überschaubaren Umfang zurzeit ausschließlich im Spezialfonds gehalten. Der Aktienanteil des Spezialfonds wird u. a. durch festgelegte Vermögensuntergrenzen gesteuert, die sich aus einem zur Verfügung gestellten Risikokapital ableiten. Das Risikokapital wird vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit festgelegt und überwacht. Das Aktienkursrisiko wird als nicht wesentliches Risiko eingestuft.

### 5.3.5 Währungsrisiken

Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden über Gegengeschäfte mit Banken glattgestellt. Durch diese Vorgehensweise entstehen nur geringe „Spitzenbeträge“ als offene Devisenposition.

Darüber hinaus befinden sich in dem Wertpapierspezialfonds in Fremdwährungen notierte Wertpapiere. Diese werden innerhalb des Spezialfonds weitgehend gegen Währungsrisiken abgesichert.

Die Währungsrisiken sind vor diesem Hintergrund hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Vergebene Fremdwährungsdarlehen werden währungs- und laufzeitkongruent refinanziert. Von den Kunden hereingekommene Sichteinlagen in Fremdwährung werden ebenfalls währungskongruent und laufzeitkongruent angelegt.

### 5.4 Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der handelsrechtlichen Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses zwischen einem Risikoszenario und einem Basisszenario verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der ökonomischen Sichtweise ist das Zinsänderungsrisiko als negative Abweichung des Barwertes der Zahlungsströme von ihrem Ausgangsbarwert definiert. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl auf handelsrechtlicher als auch auf ökonomischer Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 250 Tage). Die Berechnung des Value-at-Risk beruht auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Der ermittelte Risikowert wird im Rahmen einer ökonomischen Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten zum Gesamtrisiko der Sparkasse addiert.

Die quartalsweise durchgeführte handelsrechtliche Rechnung misst das Zinsüberschussrisiko auf Grundlage eines rollierenden 12-Monats-Zeitraumes unter Berücksichtigung eines veränderten Kundengeschäftswachstums, sich ändernder Zinselastizitäten sowie alternativer Marktzinsentwicklungen. Die sich ergebenden Risikobeträge werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung mit weiteren Risikoarten zum Gesamtrisiko addiert.

Die ökonomischen und handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden auf Basis einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und Risikoniveaus einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuchs ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2015 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. -200 Basispunkte errechnet.

<b>Zinsänderungsrisiken</b>	
<b>Veränderung des ökonomischen Wertes bei Zins-schock +200 BP</b>	<b>Veränderung des ökonomischen Wertes bei Zins-schock -200 BP</b>
<i>in Mio. Euro</i>	<i>in Mio. Euro</i>
<b>-248,0</b>	<b>121,7</b>

Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 31,5 %. Das Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten. Vor dem Hintergrund der angemessenen Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2015 innerhalb der vorgegebenen Limite.

### 5.5 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur Überwachung der Liquidität wird regelmäßig auf Grundlage von Liquiditätscashflows eine Liquiditätsliste erstellt. Unter Berücksichtigung eines Planszenarios erfolgt eine Darstellung der monatlichen Zahlungsströme für die nächsten fünf Jahre. Zur mittel- und langfristigen Liquiditätssteuerung wird mindestens vierteljährlich die „Survival Period“ ermittelt. Diese gibt den Zeitraum an, in dem die Sparkasse ihre Zahlungsfähigkeit ohne externe Zuführung von Liquidität, jedoch inklusive der Liquidation/Beleihung von Wertpapieren aufrechterhalten kann. Die Ermittlung erfolgt auf Basis von drei Szenarien. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen in der Liquiditätsliste erfasst.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen an eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 1,62 und 2,15. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Seit dem 01.10.2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Seit Einführung der LCR am 01.10.2015 hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätsverrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt werden, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen wird. Die Sparkasse hat ein „einfaches Kostenverrechnungssystem“ implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie und in internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Zur Erfüllung der LCR wurden Aktiva vorgehalten, die über eine hohe Marktliquidität verfügen und somit als Liquiditätspuffer anrechenbar sind. Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Die Sparkasse hat ihre individuelle Risikotoleranz hinsichtlich der Zahlungsunfähigkeitsrisiken festgelegt. Diese stellt eine Verknüpfung zwischen dem Liquiditätsrisiko und der strategischen Positionierung der Sparkasse dar. Die Festlegung der Risikotoleranz für die Zahlungsunfähigkeitsrisiken erfolgt anhand der Survival Period. Die Survival Period beschreibt dabei den Zeitraum, in dem die Sparkasse unter Heranziehung des Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt. Die Sparkasse legt als Risikotoleranz fest, ab welchem Schwellenwert ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass (gelber Bereich) die Regelungen des Notfallkonzepts in Kraft setzt.

→ Folgende Schwellenwerte hat die Sparkasse definiert:

<b>Kennziffer</b>	<b>Engpass = rot</b>	<b>Risikotoleranz = gelb</b>	<b>grüne Einstufung</b>
Survival Period	≤ 1 Monat	≤ 3 Monate	> 3 Monate

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, das Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

## 5.6 Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko wird die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen (fehlende Dienstanweisungen, unvollständige Reportinglinien, mangelhafte interne Kontrollen), Menschen (Betrug, Fehler von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ungenügend qualifiziertes Personal), Systemen (Systemabstürze, mangelnde Datensicherheit und -integrität) oder aufgrund externer Einflüsse (Terroranschläge, Naturkatastrophen, rechtliche Risiken, kriminelle Handlungen Dritter) eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen die Strategie für operationelle Risiken, Dienstanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden. Des Weiteren führt die Sparkasse jährlich eine Szenarioanalyse durch, um operationelle Risiken frühzeitig identifizieren und bewerten zu können. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet.

Die vergebenen Limite in der handelsrechtlichen und ökonomischen Risikotragfähigkeit wurden jederzeit eingehalten.

## 6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Aufgrund der systematischen Aufarbeitung der Risiken im Geschäftsbetrieb der Sparkasse, deren Klassifizierung, Bewertung und Berichtsintensität, die sich an der Bedeutung des Einzelrisikos orientiert, erhält die Sparkasse einen Überblick über die Gesamtrisikostruktur. Die Sparkasse hat auch im Jahr 2015 ihr Risikomanagement permanent und systematisch ausgebaut.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet. Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und der vorhandenen Risikodeckungsmasse.

Die Risikotragfähigkeit war und ist sowohl in der führenden handelsrechtlichen als auch in der ergänzenden ökonomischen Betrachtung gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2015 eingehalten. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkennziffer gemäß Art. 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 14,87 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

## 7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

### 7.1 Geschäftsentwicklung

Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2015 gehen wir in Anlehnung an die Prognosen führender Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2016 von einer moderaten Aufwärtsbewegung in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus. Aufgrund dieser Entwicklung rechnen wir für das Jahr 2016 mit einem Wachstum im Kreditgeschäft von 1,4 %. Das Wachstum soll gleichmäßig aus dem gewerblichen und privaten Kreditgeschäft kommen: Bei den Privatpersonen wird das Wachstum im langfristigen Kreditgeschäft, insbesondere im privaten Wohnungsbau, erwartet. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich nicht wesentlich verändern.

Die Sparquote wird vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung voraussichtlich konstant bleiben. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem bedarfsorientierten Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung ein Wachstum der Kundeneinlagen erreichen. Wir erwarten einen Anstieg der Kundeneinlagen von 2,7 %.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir einen Wert von ca. 9,0 Mrd. EUR.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für das Jahr 2016 von nahezu unveränderten Rahmenbedingungen aus.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen – neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren – hauptsächlich im weiteren Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nicht stabilisiert hat.



Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer im nächsten Jahr über den Erwartungen liegenden Konjunktorentwicklung aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staaten-Finanzkrise.

Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung dürfte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft weiterhin auf niedrigem Niveau bewegen, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

## 7.2 Finanzlage

Für das Jahr 2016 sind Investitionen leicht unter dem Niveau des Vorjahres geplant. Die aus technischen und organisatorischen Gründen erforderlichen Ersatzinvestitionen werden berücksichtigt.

Die Finanzierung des Wachstums im Kreditgeschäft erfolgt über Kundeneinlagen bzw. über die Ausgabe von Pfandbriefen. Sollten darüber hinaus weitere Mittel erforderlich sein, so stehen in ausreichendem Umfang eigene Wertpapiere für einen Aktivtausch zur Verfügung.

Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über der in der Risikostrategie festgelegten Risikotoleranz von 1,15 und somit auch über dem aufsichtsrechtlich geforderten Mindestwert von 1,00 liegen.

## 7.3 Ertragslage

Auf Basis des bundeseinheitlichen Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation wird folgende Entwicklung erwartet: Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Dieser wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt maßgeblich beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich aber im Vergleich zum Jahr 2015 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung.

Die Europäische Zentralbank hat angekündigt, zur Erhöhung der Inflationsrate das Zinsniveau weiterhin auf dem niedrigen Niveau zu belassen.

Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälende Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Der intensive Wettbewerb bei historisch niedrigem Zinsniveau wird die Sparkasse weiterhin vor Herausforderungen in Bezug auf die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft stellen. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Zinsüberschuss unter dem Niveau des Zinsüberschusses 2015. Infolge des Niedrigzinsniveaus mit zum Teil negativen Geldmarktzinsen sinkt der Zinsüberschuss um ca. 4,5 Mio. EUR.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das Jahr 2016 von einem Ergebnis leicht unter dem Vorjahresniveau aus.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um bis zu 3,9 % im Jahr 2016 steigen. Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen wird sich ein Personalmehraufwand von ca. 4,4 % im Jahr 2016 ergeben, der u. a. auf kalkulierte Tariflohnsteigerungen zurückzuführen ist. Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll die Ausweitung der Kosten begrenzt werden.

Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2016 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1,14 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von 9,0 Mrd. EUR.

Infolge der ggf. noch zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise und der damit verbundenen möglichen Kursschwankungen haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in unserer Unternehmensplanung berücksichtigt. Aufgrund der guten Qualität unseres Kreditportfolios gehen wir in unseren Planungen von einem maximalen Bewertungsaufwand im Kreditgeschäft in branchenüblicher Größenordnung aus. Insgesamt resultiert hieraus ein über dem Niveau des Jahres 2015 liegender Bewertungsaufwand.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden voraussichtlich durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die „Erste Abwicklungsanstalt“ in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 6,7 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel-III-Regelungen, Meldewesen) können sich weitere Belastungen für die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den in ihrer Geschäftsstrategie definierten Zielgrößen aus. Für das Jahr 2016 erwarten wir gemäß dieser Definition eine Eigenkapitalrentabilität von 5,9 %. Die Cost-Income-Ratio wird gemäß unseren Planungen für das Jahr 2016 mit 59,3 % trotz anhaltender Niedrigzinsphase die durchschnittliche Aufwands- und Ertragsrelation aller Sparkassen des Jahres 2015 (strategische Zielgröße) nicht überschreiten.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit der weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVSEITE				31.12.2014	
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Barreserve</b>					
a) Kassenbestand			40.299.616,26		40.147
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			29.580.507,67		147.805
				<b>69.880.123,93</b>	187.952
<b>2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind</b>					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen			-,--		-
b) Wechsel			-,--		-
				-,--	-
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>					
a) täglich fällig			45.997.728,34		166.379
b) andere Forderungen			394.019.514,99		740.103
				<b>440.017.243,33</b>	906.482
<b>4. Forderungen an Kunden</b>				<b>6.487.113.052,73</b>	6.270.259
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.972.871.508,85				(3.021.354)
Kommunalkredite	599.348.214,96				(551.490)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-,--			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,--				(-)
ab) von anderen Emittenten		-,--			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,--				(-)
			-,--		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		939.661.954,81			495.340
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	939.661.954,81				(495.340)
bb) von anderen Emittenten		123.138.240,17			90.046
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	123.138.240,17				(90.046)
			1.062.800.194,98		585.386
c) eigene Schuldverschreibungen			3.913.280,75		8.790
Nennbetrag	3.800.000,00				(8.522)
				<b>1.066.713.475,73</b>	594.175
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>				<b>576.708.559,68</b>	597.448
<b>6a. Handelsbestand</b>				-,--	-
<b>7. Beteiligungen</b>				<b>147.336.318,60</b>	149.470
darunter: an Kreditinstituten	388.470,00				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	7.368.811,22				(7.369)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				<b>18.349.367,09</b>	18.349
darunter: an Kreditinstituten	-,--				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,--				(-)
<b>9. Treuhandvermögen</b>				<b>212.892,26</b>	307
darunter: Treuhandkredite	212.892,26				(307)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>				-,--	-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-,--		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			383.628,00		402
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-,--		-
d) geleistete Anzahlungen			-,--		-
				<b>383.628,00</b>	402
<b>12. Sachanlagen</b>				<b>19.568.773,13</b>	20.000
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				<b>6.139.591,84</b>	7.000
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				<b>1.655.027,38</b>	2.376
<b>Summe der Aktiva</b>				<b>8.834.078.053,70</b>	8.754.221



PASSIVSEITE				31.12.2014	
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>					
a) täglich fällig			305.422,19		395.224
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			839.766.299,92		755.773
				<b>840.071.722,11</b>	1.150.996
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.695.779.171,28			1.714.462
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		289.349.089,83			261.727
			1.985.128.261,11		1.976.189
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		4.253.049.613,18			3.735.771
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		807.658.540,97			865.303
			5.060.708.154,15		4.601.074
				<b>7.045.836.415,26</b>	6.577.263
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>					
a) begebene Schuldverschreibungen			6.109.507,39		17.091
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-,-		-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				(-)
eigene Akzepte und					
Solawechsel im Umlauf	-,-				(-)
				<b>6.109.507,39</b>	17.091
<b>3a. Handelsbestand</b>				-,-	-
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				<b>212.892,26</b>	307
darunter: Treuhandkredite	212.892,26				(307)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>				<b>4.965.048,47</b>	6.677
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				<b>2.310.566,27</b>	3.609
<b>7. Rückstellungen</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			32.126.420,00		29.733
b) Steuerrückstellungen			15.494.276,00		6.649
c) andere Rückstellungen			36.857.298,40		38.769
				<b>84.477.994,40</b>	75.151
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>				-,-	-
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>				-,-	101.025
<b>10. Genusssrechtskapital</b>				-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-				(-)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				<b>378.000.000,00</b>	363.000
<b>12. Eigenkapital</b>					
a) gezeichnetes Kapital			-,-		-
b) Kapitalrücklage			-,-		-
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage		452.088.938,66			439.065
cb) andere Rücklagen		-,-			-
			452.088.938,66		439.065
d) Bilanzgewinn			20.004.968,88		20.037
				<b>472.093.907,54</b>	459.102
<b>Summe der Passiva</b>				<b>8.834.078.053,70</b>	8.754.221
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			230.828.433,56		280.151
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-		-
				<b>230.828.433,56</b>	280.151
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			249.943.256,07		208.771
				<b>249.943.256,07</b>	208.771

Gewinn- und Verlust-Rechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	EUR	EUR	EUR	EUR	01.01.–31.12.2014 TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		238.315.854,63			266.491
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	-,-				(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.077.622,78			2.789
			239.393.477,41		269.280
<b>2. Zinsaufwendungen</b>			84.324.082,11		104.804
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2.264.894,54				(2.339)
				155.069.395,30	164.476
<b>3. Laufende Erträge aus</b>					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			22.622.262,70		21.595
b) Beteiligungen			4.320.312,26		4.098
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			8.950.654,61		8.120
				35.893.229,57	33.812
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>				-,-	-
<b>5. Provisionserträge</b>			57.694.395,77		52.001
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>			4.480.570,99		4.301
				53.213.824,78	47.700
<b>7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands</b>				-,-	-
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>				5.639.590,25	7.665
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>				-,-	-
				249.816.039,90	253.653
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		59.910.943,32			59.976
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		18.164.252,88			16.371
darunter: für Altersversorgung	7.640.898,49				(6.357)
			78.075.196,20		76.346
b) andere Verwaltungsaufwendungen			65.887.213,82		66.412
				143.962.410,02	142.759
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>				3.642.470,18	3.781
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>				15.746.505,55	20.417
darunter: aus der Fremdwährungsumrechnung	6.959,72				(6)
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			22.109.935,40		-
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>				-,-	4.422
				22.109.935,40	4.422

	EUR	EUR	EUR	EUR	01.01.–31.12.2014 TEUR
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			–,—		10.852
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			691.902,75		–
				691.902,75	10.852
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>				39.280,00	39
<b>18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				15.000.000,00	32.000
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>				<b>50.007.341,50</b>	<b>48.227</b>
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>			–,—		–
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>			–,—		–
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>				–,—	–
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			30.002.330,23		28.189
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>			42,39		–
				30.002.372,62	28.190
<b>25. Jahresüberschuss</b>				<b>20.004.968,88</b>	<b>20.037</b>
<b>26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>				–,—	–
				<b>20.004.968,88</b>	<b>20.037</b>
<b>27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>					
a) aus der Sicherheitsrücklage			–,—		–
b) aus anderen Rücklagen			–,—		–
				–,—	–
				<b>20.004.968,88</b>	<b>20.037</b>
<b>28. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>					
a) in die Sicherheitsrücklage			–,—		–
b) in andere Rücklagen			–,—		–
				–,—	–
<b>29. Bilanzgewinn</b>				<b>20.004.968,88</b>	<b>20.037</b>

#### **Vorbemerkungen**

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

# Anhang

## A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die für den vorhergehenden Jahresabschluss maßgeblichen Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

#### **Forderungen einschließlich Schuldscheindarlehen**

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei Neuausleihungen einbehaltene Disagien werden auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer kapitalanteilig verteilt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

#### **Wertpapiere**

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für den gesamten Eigenbestand haben wir aktive Märkte festgestellt. Die Bewertung erfolgte zu den Börsen-/Marktpreisen am Abschlussstichtag.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

#### **Finanzinstrumente des Handelsbestands**

Zum Bilanzstichtag sowie während des gesamten Geschäftsjahres 2015 waren keine Finanzinstrumente dem Handelsbestand zugeordnet.

#### **Strukturierte Wertpapiere**

Wir halten in den Portfolios unseres Wertpapierspezialfonds strukturierte Wertpapiere, die Adressenausfallrisiken verbriefen. Diese haben zum Bilanzstichtag einen Zeitwert von 17,4 Mio. EUR (Vorjahr: 28,5 Mio. EUR).

Die Risiken beziehen sich auf Adressenausfallrisiken aus Immobilienfinanzierungen, Unternehmenskrediten, Unternehmensanleihen, nachrangigen Krediten und Genussscheinen.

#### **Anteilsbesitz**

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei Wertminderungen werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

**Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen**

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung entgeltlich erworbener Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Gebäude werden linear abgeschrieben. Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden entsprechend dem tatsächlichen Werteverzehr linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis einschließlich 60 EUR) sofort als Sachaufwand erfasst. Während geringwertige Vermögensgegenstände von über 60 EUR bis 150 EUR im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben werden, sind Vermögensgegenstände bis 1.000 EUR in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Gemäß Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

**Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

**Rückstellungen**

Die Rückstellungen werden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Der erstmalige Ansatz erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt.

Pensionsrückstellungen werden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Abzinsung der übrigen Rückstellungen erfolgt mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz. Bei Pensionsrückstellungen werden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % unterstellt.

Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig. Daher wurde abweichend zum Vorjahr der Berechnung der Pensionsrückstellungen nicht der Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung vom 30.09.2015, sondern vom Jahresende 2015 zugrunde gelegt. Aus dieser Bewertungsänderung ergibt sich eine Erhöhung der Pensionsrückstellungen um 595 TEUR.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und ergänzender tariflicher bzw. betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu vier Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz.

Das Verfahren zur Ermittlung von Rückstellungen für Prämiensparverträge wurde im Jahresabschluss 2015 geändert. Durch die Umstellung auf die Effektivzinsmethode erfolgt eine gleichmäßige kapitalgewichtete Verteilung der künftig höheren jährlichen Verzinsung auf die Vertragslaufzeit,

wodurch ein verbesserter Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gegeben ist. Aus der Änderung dieser Bewertungsmethode resultiert ein Aufwand von 943 TEUR.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der betroffenen GuV-Position ausgewiesen.

#### **Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB**

Die Sparkasse ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist Mitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (kw-Zusatzversorgung). Trägerin der kw-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kwv). Die kw-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige, aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kw-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kw-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2015 7,75 %. Die an die kw-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen 4.286 TEUR im Jahr 2015.

Wenn ein Mitglied die kw-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kw-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2014 hätte die Ausgleichszahlung 179,3 Mio. EUR betragen. Nach § 15a der Satzung der kw-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinses gemäß § 2 Abs. 1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z. B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kw-Satzung. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2015 kann von der kw-Zusatzversorgung erst im 3. Quartal 2016 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

#### **Derivative Finanzinstrumente**

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die derivativen Geschäfte zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten. Die sonstigen, nicht dem Handelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte werden einzeln nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der IDW-Stellungnahmen RS BFA 5 und RS BFA 6 bewertet. Bewertungsverluste werden zurückgestellt, Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

#### **Bewertung des Zinsbuchs**

Im Rahmen einer wertorientierten Betrachtung unter Beachtung der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 ist untersucht worden, ob sich aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs ein Verpflichtungsüberschuss ergibt. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zum 31.12.2015 zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Die Zins-Swap-Geschäfte zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und nicht gesondert bewertet.

**Währungsumrechnung**

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, sind in geringer Höhe angefallen.

Bilanzposten, die auf fremde Währung lauten, werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt 20.171 TEUR (davon 367 TEUR Sorten) bzw. 30.040 TEUR (davon 10.240 TEUR Eventualverbindlichkeiten).

## B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

### Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main und Erfurt, als Girozentrale sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	125.921	96.565
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.542	283.030

### Wertpapiere

Aufteilung der in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren.

	insgesamt	börsennotiert	nicht börsennotiert
	TEUR	TEUR	TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.066.713	1.062.800	3.913
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	576.709	0	576.709

### Spezialfonds

Die Anteile am Spezialfonds sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Spezialfonds	Buchwert*	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttung im Jahr 2015	tägliche Rückgabe möglich	unterlassene Abschrei- bungen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		
UI-Münsterland B	673.891	739.644	65.753	22.500	ja	-

\* Vor Abzug von Vorsorgereserven.

Zweck der Anlage in Spezialfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikostreuung. Der Spezialfonds investiert überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere.

### Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015 (in TEUR)

	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten	118.997	4.880	210.710	18.349	12
Zugänge	3.002	193	0	0	0
Abgänge	2.641	0	2.522	0	0
Umbuchungen	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Zuschreibungen 2015	0	0	388	0	0
Abschreibungen 2015	(3.431)	(211)	(0)	(0)	(0)
Abschreibungen, kumuliert	99.789	4.689	61.240	0	0
Buchwert 31.12.2015	19.569	384	147.336	18.349	12
Buchwert 31.12.2014	20.000	402	149.470	18.349	12

Die Sachanlagen entfallen mit 2.559 TEUR auf Grundstücke und Bauten, die nicht von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden, und mit 17.010 TEUR auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.



**Treuhandgeschäfte**

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

**Rechnungsabgrenzungsposten**

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>
	<i>TEUR</i>	<i>TEUR</i>
<b>AKTIVSEITE</b>		
Disagio aus Verbindlichkeiten	761	1.337
Agio aus Forderungen	57	154
<b>PASSIVSEITE</b>		
Disagio aus Forderungen	2.285	3.206
Agio aus Verbindlichkeiten	26	45

**Rückstellungen**

Der Posten „andere Rückstellungen“ entfällt mit 9.477 TEUR auf Rückstellungen für Prämien und Zinszahlungen im Sparverkehr sowie mit 6.430 TEUR auf Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach dem Blockmodell.

**Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind**

Für den folgenden Posten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	512.240 TEUR
--	--------------

**Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

<b>Verbundene Unternehmen</b>	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>
	<i>TEUR</i>	<i>TEUR</i>
<b>AKTIVPOSTEN</b>		
Forderungen an Kunden	18.281	18.867
Sonstige Vermögensgegenstände	4.116	4.031
<b>PASSIVPOSTEN</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19.606	18.072
Sonstige Verbindlichkeiten	20	39

<b>Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>
	<i>TEUR</i>	<i>TEUR</i>
<b>AKTIVPOSTEN</b>		
Forderungen an Kunden	44.579	49.445
Sonstige Vermögensgegenstände	0	205
<b>PASSIVPOSTEN</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	203.456	146.487
Sonstige Verbindlichkeiten	1	0

**Fristengliederung**

	mit einer Restlaufzeit von				mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2016 fällig
	bis zu drei Monaten	mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	mehr als fünf Jahren		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>AKTIVPOSTEN</b>						
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	180.158	133	195.000	–		
<b>4. Forderungen an Kunden</b>	181.016	461.971	1.742.113	3.716.869	382.875	
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>						276.629
<b>PASSIVPOSTEN</b>						
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	10.866	33.440	168.036	620.406		
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	116	285.656	1.677	1.900		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	93.646	334.108	124.500	252.808		
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>						
a) begebene Schuldverschreibungen						3.837
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten	–	–	–	–		

Es wurde von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

## C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlust-Rechnung

### Zinserträge bzw. Zinsaufwendungen

Für getätigte Anlagen und für Zins-Swaps gezahlte Zinsen (so genannte Negativzinsen) werden im GuV-Posten 1 in Höhe von 396 TEUR ausgewiesen. Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder sowie für Zins-Swaps von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 in Höhe von 31 TEUR ausgewiesen.

### Periodenfremde Aufwendungen

Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung sind bei Zins-Swaps periodenfremde Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von saldiert 16.983 TEUR angefallen.

## D. Sonstige Angaben

### Anteilsbesitz

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da die Mehrheitsbeteiligungen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse sind.

### Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

Positionen	Erläuterung der Differenz
<b>AKTIVE LATENTE STEUERN</b>	
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven und steuerliche Ausgleichsposten
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	Gewinnthesaurierung und steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	unterschiedliche Parameter
andere Rückstellungen	unterschiedliche Parameter und steuerrechtlich nicht berücksichtigungsfähige Rückstellungen

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,73 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 31,56 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, der nicht aktiviert wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlust-Rechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf Veränderungen der Vorsorgereserven sowie steuerlich nicht berücksichtigungsfähige Abschreibungen zurückzuführen.

**Marktrisikobehaftete Geschäfte**

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in den Vorjahren Geschäfte über derivative Finanzinstrumente abgeschlossen. Dabei handelt es sich um Zins-Swaps zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos aus dem Zinsbuch aller zinstragenden Aktiva und Passiva. Darüber hinaus werden Devisentermingeschäfte mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte durchgeführt.

Die Arten und den Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte, zeigt die folgende Aufstellung:

Derivative Finanzinstrumente	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	insgesamt	Kundengeschäfte	Deckungsgeschäfte
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>WÄHRUNGSRISIKEN</b>						
Devisentermingeschäfte	50.319	9.225	–	59.544	29.772	29.772
<b>ZINSRISIKEN</b>						
Zins-Swaps	310.000	2.454.000	1.184.500	3.948.500	–	3.948.500

**Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente**

Den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten sind folgende beizulegende Zeitwerte beizumessen:

Beizulegende Zeitwerte					
Derivative Finanzinstrumente	Bilanzposten	Buchwerte	Sicherungsgeschäfte		Kundengeschäfte
			Deckungsgeschäfte	Bewertungskonvention	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>WÄHRUNGSRISIKEN</b>					
Devisentermingeschäfte	–	–	474	–	–388
<b>ZINSRISIKEN</b>					
Zins-Swaps	–	–	–	41.671	–

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte werden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion, ohne Marge der Sparkasse) mit den von Reuters veröffentlichten währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen ermittelt.

Über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag werden die beizulegenden Zeitwerte der Zins-Swaps ermittelt (Discounted-Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden den von Reuters veröffentlichten Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Zins-Swaps entnommen.

Die im Rahmen der allgemeinen Zinsrisikosteuerung abgeschlossenen Zins-Swaps bilden eine Bewertungskonvention im Zusammenhang mit den übrigen Positionen des Zinsbuchs.

**Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Im Rahmen einer Beteiligung haftet die Sparkasse bis zu einem Höchstbetrag von 15.339 TEUR.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus:

### **1. Freiwillige Institutssicherung**

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

### **2. Gesetzliche Einlagensicherung**

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu 100 TEUR. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht sammelt die Sparkasse seit dem Jahr 2010 über einen Zeitraum von 25 Jahren aus künftigen Gewinnen bis zu 160,0 Mio. EUR an. Zum 31.12.2015 hat die Sparkasse 34,0 Mio. EUR des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB für die indirekte Verlustausgleichspflicht gebunden; davon sind im Geschäftsjahr 7,0 Mio. EUR zugeführt worden. Im Jahr 2017 findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir eine Rückstellung in entsprechender Höhe bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbandes beträgt zum Bilanzstichtag 7,44 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedsparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedsparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedsparkassen.

Am 15.12.2015 hat die Verbandsversammlung des SVWL eine zum Bilanzstichtag noch nicht eingeforderte Stammkapitalerhöhung beim Verband in Höhe von 150,0 Mio. EUR zur Beteiligung an der Kapitalerhöhung bei der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) beschlossen. Die Stammkapitalerhöhung erfolgt zum 19.02.2016. Auf die Sparkasse entfällt ein Anteil von 11,16 Mio. EUR.

Der Verband erhebt nach § 23 seiner Satzung eine Umlage von den Mitgliedsparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

### **Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB**

	<i>TEUR</i>
Abschlussprüfungsleistungen	547
andere Bestätigungsleistungen	24
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>571</b>

**Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien**

**Bezüge der Mitglieder des Vorstands**

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf bis zu fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung nach Ablauf eines Geschäftsjahres eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2015			
	Grundbetrag und allgemeine Zulage	Leistungszulage	sonstige Vergütung	Gesamtvergütung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schabel, Markus Vorsitzender	574	73	17	664
Gerling, Wolfram Mitglied	478	61	14	553
Richter, Klaus Mitglied	478	61	13	552
Scholz, Peter Mitglied	478	61	15	554
<b>Summe</b>	<b>2.008</b>	<b>256</b>	<b>59</b>	<b>2.323</b>

Die sonstigen Vergütungen betreffen überwiegend Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Schabel, Herr Gerling, Herr Richter und Herr Scholz mit ihrem Ausscheiden Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Schabel und Herrn Gerling beträgt derzeit 50 %, der von Herrn Richter 45 % und der von Herrn Scholz 20 % der festen Bezüge.

**Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands**

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Pensionsansprüche, die sich an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände orientieren. Der Anspruch von Herrn Schabel, Herrn Gerling und Herrn Richter beträgt dann 55 % der festen Bezüge.

Im Rahmen der im Jahr 2015 erfolgten Wiederbestellung wurde mit Herrn Scholz mit Wirkung zum 15.07.2016 für diesen Fall ein Pensionsanspruch in Höhe von 40 % der festen Bezüge vereinbart.

Die Rückstellungen hierfür sind mit dem in der Zukunft zur Erfüllung der Pensionsverpflichtungen aufzubringenden Betrag zu bilanzieren. Dieser Betrag wird versicherungsmathematisch ermittelt.

Der Barwert entspricht der Summe der auf den Bilanzstichtag abgezinsten Pensionszahlungen und stellt lediglich eine kalkulatorische Größe dar.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Beträge:

<b>Vorstand</b>	<b>im Jahr 2015 der Pensionsrückstellung zugeführt</b>	<b>Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2015</b>
	<i>TEUR</i>	<i>TEUR</i>
Schabel, Markus Vorsitzender	598	4.768
Gerling, Wolfram Mitglied	575	4.382
Richter, Klaus Mitglied	453	3.701
Scholz, Peter Mitglied	-14	2.615

Von den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind insgesamt 278 TEUR auf die Verminderung des der Bewertung zugrunde liegenden Abzinsungssatzes gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung zurückzuführen (Übergang auf den Abzinsungsszinssatz zum Jahresende 2015).

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

**Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene**

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 1.275 TEUR gezahlt. Zum 31.12.2015 beliefen sich die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis auf 15.761 TEUR.

**Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien**

Die Mitglieder des Verwaltungsrats, des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse einschließlich lediglich beratender Teilnehmer erhalten ein Sitzungsgeld von 307,00 EUR je Sitzung. Für zusätzlich wahrgenommene Mandate in der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse oder im Beirat wird jeweils eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 128,00 EUR bzw. 256,00 EUR gezahlt. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Verwaltungsratsmitglieder in den zuvor genannten Gremien. Bezüge aus einer Tätigkeit in der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse bzw. im Beirat sind in den Beträgen enthalten.

<b>Name, Vorname</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Name, Vorname</b>	<b>Gesamt</b>
	<i>TEUR</i>		<i>TEUR</i>
Arnkens-Homann, Dagmar	0,3	Lewe, Markus	8,2
Austermann, Lothar	3,6	Linke, Axel	0,4
Banken, Ludger	1,9	Müller, Eva-Maria	0,3
Behler, Hildegard	0,6	Ommen, Detlef	2,1
Berding, Georg	0,7	Oortmann, Klaus	2,1
Berger, Alexander, Dr.	0,3	Overhaus, Christel	3,8
Birkhahn, Astrid	0,6	Reiners, Otto	0,3
Buschkamp, Franz-Josef	0,6	Rickfelder, Josef	1,8
Diekhoff, Markus	2,1	Stähler, Angela	0,4
Engels, Kai	3,9	Streffing, Berthold	1,9
Erber, Dietmar, Dr.	3,3	Tinnermann, Ute	0,3
Gericke, Olaf, Dr.	6,9	Többen, Michael	2,1
Höft, Robert	0,3	Uphoff, Josef	2,4
Jung, Michael, Dr.	4,9	Walter, Jochen	1,6
Klas, Heribert	4,9	Weber, Stefan	3,6
Knop, Karl-Friedrich	3,1	Winkel, Maria	0,6
Kubig-Steltig, Gabriele	1,8		
		<b>insgesamt</b>	<b>71,7</b>

**Kreditgewährungen an und Haftungsverhältnisse von Vorstand und Verwaltungsrat**

Die Sparkasse hat Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2015 Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale in Höhe von 1.489 TEUR (Vorjahr: 1.622 TEUR) und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von 18.319 TEUR (Vorjahr: 17.414 TEUR) gewährt.

**Mitarbeiter/-innen**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Vollzeitkräfte*	856	873
Teilzeitkräfte*	498	482
	1.354	1.355
Auszubildende	130	143
<b>insgesamt</b>	<b>1.484</b>	<b>1.498</b>

\* Davon wurden im Jahr 2015 durchschnittlich 258 (Vorjahr: 267) Mitarbeiter/-innen an die S-Servicepartner Nordrhein-Westfalen GmbH (SP NRW), Münster, entliehen.



**Pfandbriefgeschäft**

Die Sparkasse hat im Berichtsjahr weitere Pfandbriefe nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung des Pfandbriefrechts (Pfandbriefgesetz [PfandBG]) emittiert. Die Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden regelmäßig durch Veröffentlichung auf der Internetseite [www.sparkasse-muensterland-ost.de](http://www.sparkasse-muensterland-ost.de) (Rubrik „Ihre Sparkasse/Pfandbriefe“) erfüllt.

**Darstellung zum 31.12.2015**

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und Deckungsmasse gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

	31.12.2015		31.12.2014	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen	600.000	600.000	445.000	445.000
Deckungsmasse	695.241	695.360	587.702	587.641
<b>Überdeckung</b>	<b>95.241</b>	<b>95.360</b>	<b>142.702</b>	<b>142.641</b>

	31.12.2015			31.12.2014		
	Barwert	Risiko-barwert* (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risiko-barwert* (Stresstest: -250 Basispunkte)	Barwert	Risiko-barwert* (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risiko-barwert* (Stresstest: -250 Basispunkte)
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen	652.955	590.821	699.470	508.321	472.841	537.019
Deckungsmasse insgesamt	773.040	737.627	789.866	673.276	643.318	689.922
<b>Überdeckung</b>	<b>120.085</b>	<b>146.806</b>	<b>90.396</b>	<b>164.955</b>	<b>170.477</b>	<b>152.903</b>
<b>sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG</b>	<b>12,18 %</b>			<b>5,92 %</b>		

\* Risikobarwert: Ermittlung nach statistischem Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (Pfand-BarwertV).

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate, keine Auslandsgeschäfte sowie keine wertberichtigten Geschäfte.

Verteilung von Hypothekendarlehen im Umlauf und Deckungsmasse nach Laufzeitstruktur bzw. Zinsbindungsfristen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
bis 6 Monate	–	–	74.778	51.369
über 6 Monate bis 12 Monate	10.000	10.000	30.407	25.069
über 12 Monate bis 18 Monate	20.000	–	22.909	46.058
über 18 Monate bis 2 Jahre	45.000	10.000	23.261	20.397
über 2 Jahre bis 3 Jahre	34.000	65.000	56.874	39.664
über 3 Jahre bis 4 Jahre	25.000	34.000	60.279	56.998
über 4 Jahre bis 5 Jahre	10.000	25.000	72.011	60.047
über 5 Jahre bis 10 Jahre	248.900	153.900	327.351	255.833
über 10 Jahre	207.100	147.100	27.372	32.267

Angaben nach § 28 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 und 8 PfandBG zum Bilanzstichtag:

Eine weitere Deckung nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG lag zum Bilanzstichtag nicht vor.

In der Deckungsmasse ist u. a. eine ungedeckte Schuldverschreibung eines deutschen öffentlichen Emittenten mit einem Nominalwert von 30.000 TEUR enthalten. Dieses Wertpapier ist der sichernden Überdeckung zuzurechnen. Für diese Art der Deckung ist die gesetzliche Begrenzung auf 10 % (§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG) bzw. 20 % (§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG) des Gesamtbetrags der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen nicht relevant.

Angaben nach § 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG:

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Fremdwährungspositionen innerhalb der Deckungsmasse.

Weitere Angaben nach § 28 PfandBG:

	31.12.2015	31.12.2014
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	82,61 %	91,81 %
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100,00 %	100,00 %
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)	50,85 %	43,83 %
Überschreibungsbetrag hypothekarischer Deckung in Staaten, bei denen das Pfandbriefgläubigervorrecht nicht sichergestellt ist (§ 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG)	–	–
Volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit (§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG)	6,04	5,64

Die Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 a) PfandBG in folgende Größenklassen:

Nennwert	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
bis 300 TEUR	454.155	427.339
300 TEUR bis 1.000 TEUR	84.970	65.733
1.000 TEUR bis 10.000 TEUR	77.116	47.830
über 10.000 TEUR	–	16.800

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 b) i. V. m. § 28 Abs. 2 Nr. 1 c) PfandBG zur Deckung für Hypothekensicherheiten verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart:

<b>in Deutschland</b>	<b>31.12.2015</b>		<b>31.12.2014</b>	
	<b>gewerbliche Nutzung</b>	<b>wohnwirtschaftliche Nutzung</b>	<b>gewerbliche Nutzung</b>	<b>wohnwirtschaftliche Nutzung</b>
	<i>TEUR</i>	<i>TEUR</i>	<i>TEUR</i>	<i>TEUR</i>
Eigentumswohnungen		61.822		59.101
Ein- und Zweifamilienhäuser		317.737		302.413
Mehrfamilienhäuser		102.950		84.918
Bürogebäude	25.306		19.053	
Handelsgebäude	10.509		5.022	
Industriegebäude	31.049		23.506	
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	66.867		63.688	
unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	–	–	–	–
Bauplätze	–	–	–	–

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

Rückständige Leistungen gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4 a) bis c) PfandBG:

Am 31.12.2015 waren keine Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren für Forderungen aus der Deckungsmasse anhängig. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen aus Forderungen aus der Deckungsmasse durchgeführt, es wurden auch keine Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten an Hypotheken übernommen.

Ergänzend zur Formblattbilanz ergeben sich folgende Angaben für das Pfandbriefgeschäft:

Aktivseite	31.12.2015			2014
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) Hypothekendarlehen		0,00		0
b) Kommunalkredite		431.379.876,58		897.161
c) andere Forderungen		8.637.366,75		9.321
			440.017.243,33	906.482
darunter:				
täglich fällig	45.997.728,34			(166.379)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
<b>4. Forderungen an Kunden</b>				
a) Hypothekendarlehen		2.972.871.508,85		3.021.354
b) Kommunalkredite		599.348.214,96		551.490
c) andere Forderungen		2.914.893.328,92		2.697.415
			6.487.113.052,73	6.270.259
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		978.837,46		1.699
b) andere		676.189,92		677
			<b>1.655.027,38</b>	<b>2.376</b>

Passivseite	31.12.2015			2014
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		307.413.708,86		216.043
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) andere Verbindlichkeiten		532.658.013,25		934.953
			840.071.722,11	1.150.996
darunter:				
täglich fällig	305.422,19			(395.224)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		296.814.627,47		232.582
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.695.779.171,28			1.714.462
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	289.349.089,83			261.727
		1.985.128.261,11		1.976.189
d) andere Verbindlichkeiten		4.763.893.526,68		4.368.492
			7.045.836.415,26	6.577.263
darunter:				
täglich fällig		4.253.049.613,18		(3.735.771)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenspfandbriefe	0,00			0
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00			0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	6.109.507,39			17.091
		6.109.507,39		17.091
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0,00		0
			6.109.507,39	17.091
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00			(0)
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		2.310.535,49		3.609
b) andere		30,78		0
			2.310.566,27	3.609

## Verwaltungsrat

### Vorsitzendes Mitglied

Markus Lewe  
*Oberbürgermeister der Stadt Münster*

### 1. Stellvertreter

Dr. Olaf Gericke  
*Landrat des Kreises Warendorf*

### 2. Stellvertreter

Dr. Michael Jung  
*Lehrer*

### Beratende Teilnahme

Ludger Banken  
*Bürgermeister der Gemeinde Everswinkel  
(bis 20.10.2015)*

Dr. Alexander Berger  
*Bürgermeister der Stadt Ahlen  
(ab 08.12.2015)*

Karl-Friedrich Knop  
*Bürgermeister der Stadt Oelde*

Axel Linke  
*Bürgermeister der Stadt Warendorf  
(ab 08.12.2015)*

Berthold Streffing  
*Bürgermeister der Stadt Sendenhorst*

Josef Uphoff  
*Bürgermeister der Stadt Sassenberg*

Jochen Walter  
*Bürgermeister der Stadt Warendorf  
(bis 20.10.2015)*

**Mitglieder**

Markus Diekhoff  
*Persönlicher Referent/  
 Pressesprecher im Landtag*

Dr. Dietmar Erber  
*Chemiker*

Dr. Olaf Gericke  
*Landrat des Kreises Warendorf*

Dr. Michael Jung  
*Lehrer*

Heribert Klas  
*Leiter Stadtmarketing (i. R.)*

Gabriele Kubig-Steltig  
*Inhaberin von Fitnessstudios  
 (selbstständig)*

Detlef Ommen  
*Lehrer (i. R.)*

Josef Rickfelder  
*Polizeibeamter (i. R.)*

Stefan Weber  
*IT-Berater (selbstständig)*

Lothar Austermann  
*Sparkassenangestellter*

Kai Engels  
*Sparkassenangestellter*

Klaus Oortmann  
*Sparkassenangestellter*

Christel Overhaus  
*Sparkassenangestellte*

Michael Többen  
*Sparkassenangestellter*

**Stellvertretende Mitglieder**

Astrid Birkhahn  
*Mitglied des Landtages*

Angela Stähler  
*Hausfrau*

Franz-Josef Buschkamp  
*Sachverständiger für Transport und Lagerei  
 (selbstständig)*

Michael Kleyboldt  
*Lehrer*

Otto Reiners  
*Referatsleiter Wirtschaft und Finanzen*

Maria Winkel  
*Kauffrau in der Grundstücks-  
 und Wohnungswirtschaft*

Dagmar Arnkens-Homann  
*Amtsleiterin Sozialamt*

Georg Berding  
*Schulleiter a. D.*

Dr. Hans Moormann  
*Geschäftsführender Gesellschafter eines  
 Maschinenbauunternehmens (selbstständig)*

Eva-Maria Müller  
*Sparkassenangestellte*

Olaf Philippskötter  
*Sparkassenangestellter*

Ute Tinnermann  
*Sparkassenangestellte*

Hildegard Behler  
*Sparkassenangestellte*

Robert Höft  
*Sparkassenangestellter*

## Vorstand

Markus Schabel, Vorsitzender  
Wolfram Gerling  
Klaus Richter  
Peter Scholz

### **Stellvertretendes Vorstandsmitglied gemäß § 19 Abs. 1 SpkG**

Roland Klein

### **Vertreter nach § 15 Abs. 2 b) SpkG**

Frank Knura  
Dr. Jörn Stöppel  
Bernd Theilig  
Christoph Wintgen

Münster, 12. April 2016

Der Vorstand

Schabel

Gerling

Richter

Scholz



## **Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG**

**zum 31. Dezember 2015**

### **(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparkasse Münsterland Ost hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Münsterland Ost besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Münsterland Ost definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlust-Rechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt 249.816 TEUR für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2015.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger/-innen zum Jahresende in Vollzeitäquivalenten beträgt 1.268.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 50.007 TEUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 30.002 TEUR ergibt sich ein Nettogewinn von 20.005 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Münsterland Ost hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

## Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Münsterland Ost für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 09.05.2016

Sparkassenverband Westfalen-Lippe  
– Prüfungsstelle –

Menke  
Wirtschaftsprüfer



**Sparkasse**  
**Münsterland Ost**  
Weseler Straße 230  
48151 Münster